



20/2020

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

die ersten Tannenbäume sind aufgestellt, viele Lichter leuchten in den Fenstern und die Räuchermänner räuchern schon fleißig. Nächste Woche kann dann auch endlich das erste Türchen am Adventskalender geöffnet werden. In diesem Jahr, in dem ja so viel anders war und ist, freut man sich umso mehr über diese guten, alten Traditionen.

Nun gilt es Weihnachtsgeschenke einzukaufen. Der Handel freut sich über jeden Besuch in einem Geschäft. Und in diesem Jahr könnten sie sogar noch eine Plastiktüte ergattern, um ihre Einkäufe nach Hause zu transportieren. Damit ist bald Schluss. Plastiktüten gelten als Wegwerfartikel und sind den sogenannten Klimaschützern schon lange ein Dorn im Auge. Deswegen hatte sich der Handel selbst verpflichtet, den Gebrauch der Plastiktüten stark einzudämmen. Die Reduktion der Zahl der Tüten, welche 2025 erreicht werden sollte, ist schon jetzt erreicht. Nur eine wirklich ökologische Alternative fehlt immer noch.

Dies interessierte die SPD in dieser Woche nicht. Nun werden Plastiktüten ganz verboten. Für den Klimaschutz muss uns dieses Verbot etwas wert sein. Das Problem ist nur, eine Papiertüte muss mindestens 10 Mal benutzt werden und der Ökoleinenbeutel muss sogar 100 Mal benutzt werden, um in der Ökobilanz nur in Sichtweite der Plastiktüten zu kommen. Selbst die beruflichen Umweltschützer haben da Bedenken angemeldet und bestätigen diese Zahlen. Aber Ideologie überstrahlt wieder einmal Fachwissen. Die SPD und Teile der Grünen versuchen die Öffentlichkeit einfach hinter die Fichte zu führen. Deswegen plädiere ich schon lange für Ehrlichkeit in der Diskussion um Maßnahmen für den Klimaschutz. Leider dringt man mit einer solchen Forderung in der Öffentlichkeit kaum noch durch. Schade eigentlich, weil damit die Akzeptanz für viele Maßnahmen verloren geht.

Ich wünsche Ihnen trotz der weiter unerfreulichen Umstände, einen schönen ersten Advent. Bleiben Sie gesund.

Ihr

Andreas Lämmels

DIE WOCHEN IM PARLAMENT

Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege (Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz). Das in zweiter und dritter Lesung beschlossene Gesetz nimmt verschiedene Rechtsänderungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung vor. So soll die gesetzliche Krankenversicherung zur finanziellen Stabilität vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie einmalige Zusatzzuschüsse in Höhe von 5 Milliarden Euro erhalten und das Limit der Finanzreserven heraufgesetzt werden. Weitere Maßnahmen sind ein Hebammenstellen-Förderprogramm, die Sicherstellung finanzieller Hilfen für Krankenhäuser im ländlichen Raum sowie für Kinder- und Jugendmedizin. Hervorzuheben sind Regelungen für die Schaffung von bis zu 20 000 zusätzlicher Stellen für Pflegehilfskräfte in der Altenpflege und die Verlängerung der Corona-bedingten Schutzschirme.

Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes. In erster Lesung diskutierten wir den Entwurf eines Gesetzes, durch das Familien mehr zeitliche Freiräume verschafft werden und die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeiten zwischen den beiden Elternteilen weiter unterstützt werden. Daneben sieht das Gesetz vor, Eltern besonders früh geborener Kinder stärker zu unterstützen und einen Elterngeldmonat zusätzlich auszuzahlen. Gleichzeitig sollen Vereinfachungen geschaffen werden, um Elterngeldstellen aber auch Eltern von bürokratischen Hürden zu entlasten.

Gesetz zur Reform der technischen Assistenzberufe in der Medizin und zur Änderung weiterer Gesetze (MTA-Reform-Gesetz). Das Gesetz sieht eine Reform der vier Berufe in der medizinischen Technologie (Laboratoriumsdiagnostik, Radiologie, Funktionsdiagnostik und Veterinärmedizin) vor. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Berufe zu modernisieren, zu stärken und dadurch auch attraktiver zu gestalten. Aus diesen Gründen ist zudem künftig eine angemessene Ausbildungsvergütung vorgesehen und ein Verbot, Schulgeld zu erheben. Darüber hinaus wird durch eine Änderung des Notfallsanitätergesetzes den Notfallsanitätern in besonderen Einsatzsituationen und innerhalb klar definierter Grenzen die Ausübung



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

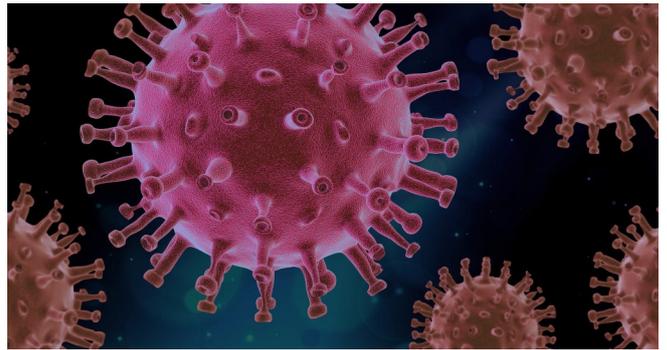
von Heilkunde gestattet und mehr Rechtssicherheit geschaffen.

Zweiter Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Der Bericht bilanziert den Stand der Politik der Klimaanpassung der Bundesregierung und gibt einen Ausblick auf die Schwerpunkte der künftigen Arbeit. Er ist Teil des Berichtswesens zur deutschen Anpassungsstrategie, welche die Bundesregierung im Jahr 2008 vorgelegt und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt hat. Der Bericht enthält einen „Aktionsplan Anpassung III“, in dem 180 konkrete Maßnahmen aller Bundesressorts für alle wichtigen Bereiche unserer Gesellschaft enthalten sind. Darüber hinaus gibt der Bericht einen Ausblick auf die wesentlichen Schwerpunkte der künftigen Arbeit wie z.B. die Entwicklung von konkreten Zielsetzungen für ein klimaresilientes Deutschland in den verschiedenen Handlungsfeldern von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt, eine verbesserte Abschätzung der Wirksamkeit bei der Entwicklung von Maßnahmen sowie eine Kosten-Nutzen Bewertung zu Klimawandelschäden und Anpassungsausgaben des Bundes.

Unterstützung der Entwicklung einer langfristigen Friedenslösung in Bergkarabach. Mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen begrüßt der Deutsche Bundestag, dass in Bergkarabach nach der schwerwiegenden Eskalation seit dem 10. November 2020 die Waffen schweigen. Jetzt ist es an der Zeit, sich gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union, der OSZE, und den Vereinten Nationen stärker für eine nachhaltige Friedenslösung zwischen Armenien und Aserbaidschan zu engagieren.

REGIERUNGSERKLÄRUNG DER KANZLERIN

Die weitreichenden Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden verlängert und verschärft – mit vorübergehenden Lockerungen von Weihnachten bis Neujahr. Ziel bleibe es, die Infektionszahlen weiter zu senken, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag. Mit Hilfe der Kontaktbeschränkungen im November konnte die Ausbreitung des Virus zwar eindämmt werden, doch eine Trendwende wurde noch nicht erreicht. Merkel sprach von einem Seitwärtstrend. Stattdessen nimmt die Zahl der Personen zu, die intensivmedizinisch betreut werden müssen.



Offene Schulen und Kitas sowie weitere Wirtschaftshilfen

Nach dem jüngsten [Beschluss](#) von Bund und Ländern werden die Corona-Schutzmaßnahmen bis zum 20. Dezember 2020 verlängert. Zusätzlich werden private Zusammenkünfte ab dem 1. Dezember 2020 nochmals eingeschränkt; die Pflicht zum Tragen von Masken in der Öffentlichkeit, in Schulen und am Arbeitsplatz wird verschärft. In Einkaufszentren wird der Einlass weiter beschränkt. Die Weihnachtsferien werden vorgezogen.

Weitere Wirtschaftshilfen für den Dezember seien verabschiedet worden. Die Kanzlerin erklärte: "In der Pandemie-Bekämpfung geht es nicht um Gesundheit oder Wirtschaft, Gesundheit oder Bildung, Gesundheit oder Kultur, Gesundheit oder Soziales. Immer geht es um beides." Der Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion Ralph Brinkhaus mahnte im Bereich der Finanzen „eine faire Lastenteilung zwischen Bund und Ländern“ an. Es sei nicht in Ordnung, dass am Ende immer dem Bund die Rechnung präsentiert werde. Außerdem müsse der Bundestag bei finanziellen Zusagen konsultiert werden, denn er habe schließlich das Budgetrecht. Die Konsolidierung des Haushalts müsse darüber hinaus über wirtschaftliches Wachstum gelingen. Die Finanzierung der Hilfen über einen „Corona-Soli“, wie er aus den Reihen der SPD gefordert wird, lehnt die Unionsfraktion grundlegend ab.

Entwicklung von Impfstoffen auf gutem Weg

Die Entwicklungen im Bereich der Impfstoffe seien "ein Licht am Ende des Tunnels", erklärte die Bundeskanzlerin. Sie erwarte deutliche Fortschritte im kommenden Jahr. Erste Impfstoffe würden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im medizinischen und Pflege-Bereich eingesetzt. "Wir haben ein starkes Gesundheitssystem, das der Pandemie bis jetzt standgehalten hat, und wir müssen dafür sorgen, dass das auch so bleibt."

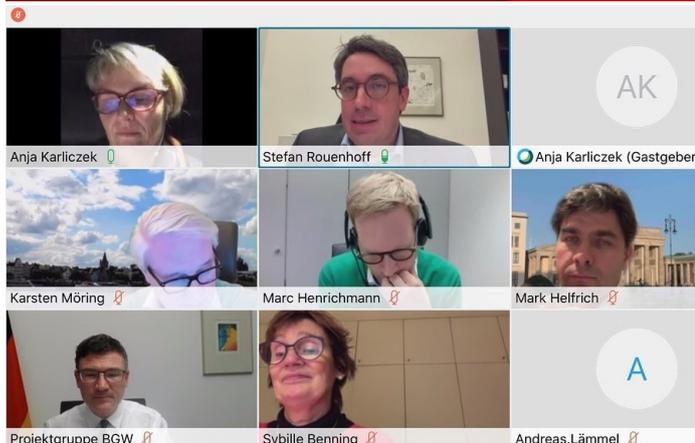
Um das Risiko einer Infektion zu begrenzen, gelte: "Mund-Nasen-Schutz plus Abstand, das ist das Allerbeste", so die Kanzlerin. Die Alltagsmaske allein senke zwar das Risiko einer Infektion und sei ein Schutz. "Aber solange es keine medizinische Maske von der Qualität FFP2 oder -3 ist, ist es keine Sicherheit, dass es nicht doch zu Ansteckungen kommen kann." Für eine umfassende Sicherheit seien weitergehende Maßnahmen deshalb unumgänglich. Die Kanzlerin warb auch dafür, die Corona-Warn-App zu nutzen. Bereits 23 Millionen Menschen haben die App bisher heruntergeladen.

"Kein Weihnachten der Einsamkeit"

Die Bundeskanzlerin appellierte an alle, in dieser Zeit besonders an diejenigen zu denken, die in Pflege- und Seniorenheimen leben oder allein zu Hause sind. "Es ist ganz wichtig, dass wir nicht nur an unsere eigene Familie denken, sondern an die, die es in dieser Zeit wirklich sehr, sehr schwer haben", so die Kanzlerin.

"Der Winter wird schwer, aber er wird enden" sagte Merkel. "Und gerade jetzt, da wir so viel an Weihnachten und an den kommenden Jahreswechsel denken, wünsche ich mir und wünsche ich uns allen, dass wir mehr denn je miteinander und füreinander eintreten. Wenn wir das beherzigen, werden wir aus der Krise kommen."

BEGEGNUNGEN



Bundesministerin Anja Karliczek hat im Sommer auf das Positionspapier "[Grüner Wasserstoff als Chance für eine Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen Europa und Afrika](#)" geantwortet, welches von Mitgliedern der **Projektgruppe Afrika-Partnerschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion** erstellt wurde. Sie hat dargelegt, dass sie einige Staaten Afrikas für besonders geeignet hält, um den aus der nationalen Wasserstoffstrategie resultierenden Importbedarf zu decken. Zu den weiteren Planungen des BMBF für die Umsetzung der nationalen Wasserstoffstrategie und den Aufbau von Wasserstoffpartnerschaften mit Afrika haben wir uns mit Anja Karliczek ausgetauscht.



In der **Gesprächsreihe Kaffee und IT(ee)** sprachen wir in dieser Woche über Innovationen im Digitalen Zahlungsverkehr. Startups arbeiten an Lösungen, die nicht nur den virtuellen Zahlungsverkehr, sondern auch gemeinnütziges Engagement vorantreiben können. Trotzdem haben digitale Bezahlsysteme es

nach wie vor schwer, sich bei den Konsumenten in Deutschland durchzusetzen.



Auch im Bundestag hält die **Adventszeit** Einzug. An der Tür zu meinem Büro grüßt natürlich wieder die Dresdner Frauenkirche und im Büro duftet es nach Räucherkerzen. Mein Wahlkreisbüro war diese Woche außerdem als Postbote im Einsatz: Viele Kitas im Wahlkreis dürfen sich über den **Adventskalender von Karlchen Adler** freuen.



TERMINE

30.11.2020, Dresden

Landesfachausschuss Wirtschaft & Innovation

01.12.2020, Dresden

Digitalveranstaltung "Cutting Edge - Innovationen in der Medizin durch Zell- und Gentherapie"

03.12.2020, Dresden

Arbeitskreis Afrika digital zur aktuellen Situation in Uganda

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb